

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Nicht ohne Stolz blickt die SPD auf eine überaus erfolgreiche Ratsarbeit zurück. Obwohl wir nicht die Ratsmehrheit hatten, konnten wir mit Sachlichkeit und Energie viele unserer Ziele und Vorstellungen im Samtgemeinderat verwirklichen. Diese erfolgreiche Arbeit werden wir auch zukünftig kompetent und verlässlich fortsetzen. Wobei wir Sie einladen, gemeinsam mit uns die Zukunft unserer Samtgemeinde und ihrer Dörfer zu gestalten. Ihre Fachkompetenz und Lebenserfahrung sind bei der Realisierung der nachstehenden Ziele unserer gemeindlichen Arbeit gefragt:

Samtgemeinde muss erhalten bleiben

Die Ratsarbeit der jetzt ablaufenden Wahlperiode hat gezeigt, dass das Modell der Samtgemeinde sehr gut funktioniert. Die SPD spricht sich daher entschieden für den Fortbestand der Samtgemeinde und für die Eigenständigkeit der Mitgliedsgemeinden aus. Wir werden uns weiterhin allen Bemühungen widersetzen, eine Einheitsgemeinde zu schaffen.

Familienfreundliche Gemeinde

Kinder- und familienfreundliche Verhältnisse zu schaffen, ist für uns immer ein vorrangiges Ziel gewesen. Vor dem Hintergrund der Geburtenrückgänge lässt sich feststellen, dass die Samtgemeinde mit Kindergärten gut versorgt ist. Es fehlen allerdings Krippenplätze für unter 3-jährige Kinder, auf die ab 2013 ein Rechtsanspruch besteht. Hierfür werden wir uns mit Nachdruck einsetzen. Des Weiteren unterstützen wir den Elternwillen nach mehr Ganztagsplätzen in Krippen und Kindergärten – verbunden mit flexiblen Angeboten für berufstätige Eltern.

Wir werden uns außerdem für die Umsetzung des zwischen Bundesregierung und Bundesrat ausgehandelten Bildungspakets für Kinder aus Hartz IV-Familien und von gering verdienenden Eltern einsetzen soweit die Samtgemeinde für die Umsetzung zuständig wird.

Schulbildung

Die Schulversorgung in der Samtgemeinde ist derzeit gut. Allerdings werden sich bei weiter sinkenden Geburtenzahlen Veränderungen ergeben. Dies gilt für die beiden Grundschulen und die weiterführenden Schulen gleichermaßen. Wir werden über die uns gegebenen politischen Einwirkungsmöglichkeiten auf den Landkreis als Schulträger und auf unsere politischen Mandatsträger dafür einsetzen, dass der Bestand der Haupt- und Realschule sowie des Gymnasiums gesichert wird. Entsprechend dem Elternwillen sollen dort – wo es gewünscht wird - Ganztagsbetreuungen eingeführt werden. Die von der Samtgemeinde unterstützte Schulkinderbetreuung an den Grundschulen Salzhausen und Garstedt ist der richtige Weg, der fortzusetzen ist.

Kultur, Sport, soziale Belange

Die Förderung von Kultur und Sport ist für uns sehr wichtig. Auch wenn die gegenwärtige Wirtschaftslage die Mittel knapper werden lässt, werden wir alles versuchen, auch weiterhin ausreichend Mittel für Gemeinschaftsaufgaben in diesem Sektor zur Verfügung zu stellen. Dies gilt auch für die Unterstützung und Förderung der sozialen Belange in der Samtgemeinde, wie beispielsweise Jugendarbeit und Bücherei.

In diesem Rahmen werden wir das *Offene Jugendzentrum Salzhausen* weiterhin fördern, um auch den Jugendlichen, die nicht in Vereinen, Verbänden oder der Kirche organisiert sind, ein interessantes und kulturell ansprechendes Freizeitangebot zu bieten. Auch die Unterstützung von Städtepartnerschaften und anderen völkerverständigenden Aktionen haben bei uns Priorität.

Ehrenamtliches Engagement stärken

Das ehrenamtliche gemeinnützige Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist eines der wichtigsten Grundlagen unseres gesellschaftlichen Lebens. Die SPD wird weiterhin die Menschen unterstützen, die ehrenamtlich tätig sind – ob im Sport, der Kultur, der Schule, der Kirche oder in der Jugend- und Sozialarbeit.

Wahrung der Bürgerinteressen

Die SPD wird bei größeren Planungen und Bauvorhaben eine frühe und umfassende Bürgerbeteiligung einfordern. Dies gilt auch für Flächennutzungspläne für große Gewerbe- und Baugebiete sowie für Energieversorgungsanlagen, Eisenbahntrassen und neue Straßen. Wir wollen Sie rechtzeitig - unabhängig von den eigenen Planungszuständigkeiten – über Veränderungen in Ihrem Lebensumfeld informieren. Das Instrument der „*Frühzeitigen Bürgerbeteiligung*“ reicht hierfür oft nicht aus. Wir werden weiterhin darauf achten, dass Ihre Interessen gegenüber privilegierten Bauvorhaben wie Sand- und Kiesabbau gewahrt werden. Die Lebensqualität unserer Bürger darf nicht darunter leiden, dass die Samtgemeinde als „Rohstofflieferant“ im Landesraumordnungsprogramm ausgewiesen ist. In diesem Zusammenhang werden wir beispielsweise weiterhin im Rahmen unserer politischen Möglichkeiten versuchen, den geplanten Kiesabbau in Vierhöfen zu verhindern.

Landschaftsschutz

Schutz und Pflege unserer Landschaft werden wie bisher ein Schwerpunkt unserer Arbeit sein. Es gilt, unsere natürlichen Lebensgrundlagen und unsere heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen. In der laufenden Flächennutzungsplan-Fortschreibung ist es uns erstmals gelungen, auch die anderen politischen Gruppierungen davon zu überzeugen, dass die noch vorhandenen Natur- und Freiflächen nicht nach dem Gefälligkeitsprinzip zersiedelt werden dürfen. Vielmehr sind neue Baugebiete nur in fuß- oder fahrradläufiger Entfernung von Einkaufsmöglichkeiten zu erschließen, damit Einkäufe auch ohne Auto erledigt werden können. Deshalb findet auch die Verbesserung von Einkaufsmöglichkeiten – wie zum Beispiel die Erweiterung des Marktes in Garstedt / Wulfsen - unsere Zustimmung. Außerdem müssen bei jeder Planung die Folgekosten für die Samtgemeinde (Kindergärten, Schulen, Kanal) beachtet werden.

Umweltschutz

Zwischen Natur- und Umweltschutz sind die Grenzen fließend. Mit der Samtgemeindeverwaltung werden wir weiterhin dafür arbeiten, dass unsere Kläranlagen technisch auf dem neuesten Stand sind ohne jedoch die Bürger durch zu hohe Gebühren zu überfordern.

Arbeitsplätze

Für mittelständische Unternehmen sollten optimale Ansiedlungsvoraussetzungen geschaffen werden. Dies sollte auf den ausgewiesenen Gewerbeflächen geschehen, um wohnortnahe und mit der Wohnnachbarschaft verträgliche Arbeitsplätze zu schaffen. Dies stärkt auch die Finanzkraft der Gemeinde. Mit den gegenwärtig vorhandenen bzw. geplanten Gewerbeflächen (u.a. in Salzhausen, Oelstorf, Tangendorf) verfügt die Samtgemeinde derzeit über genügend Reserven. Einer unserer Schwerpunkte ist die Förderung des Tourismus, eines der beschäftigungs-intensivsten Wirtschaftszweige in Zusammenarbeit mit der Tourismuswerbung für die Lüneburger Heide. Vorrang hat auch die Förderung der Pferdezucht, Pferdehaltung, des Pferdesports und des Reittourismus. Hierbei spielt das *Ausbildungszentrum Luhmühlen* eine große Rolle, nicht nur wirtschaftlich sondern auch im Rahmen der schulsportlichen Kooperation mit dem Gymnasium Salzhausen. Die Verleihung des Prädikats an Salzhausen als „Pferdefreundliche Gemeinde“ geht auf die Initiative der SPD zurück. Ebenso das Siegel „Fair trade-Gemeinde“, das im Rahmen des fairen Handels mit der Dritten Welt an Salzhausen vergeben wurde.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Die SPD wird sich weiterhin für die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs einsetzen. Leider wird die Notwendigkeit einer Verbesserung der Verkehrsanbindungen der einzelnen Gemeinden untereinander von den anderen im Rat vertretenen politischen Gruppierungen nicht so gesehen wie von uns. Wir werden aber in unseren Bemühungen, hier zu Gunsten unserer Bürger weitere Erfolge zu erzielen, nicht nachlassen.

Medizinische Versorgung

Die SPD wird sich für eine wohnortnahe medizinische Versorgung und Betreuung einsetzen. Hierzu gehört die umfassende Unterstützung des Krankenhauses Salzhausen – nicht zuletzt im Hinblick auf die demografische Entwicklung der Bevölkerung.

Aktiv im Alter

Die Arbeit des Seniorenbeauftragten ist für uns von großer Wichtigkeit. Es gilt, diese Einrichtung zu unterstützen. Der demografische Wandel eröffnet neue Möglichkeiten, da die älteren Mitbürger über einen umfassenden Fundus an Berufs- und Lebenserfahrung verfügen. Dies ist eine Chance für die Zukunft, zum Beispiel für die verstärkte Einbindung unserer älteren Mitbürger in ehrenamtliche Tätigkeiten in allen Lebensbereichen.

Finanzen

Der Rückgang der Steuern macht sich auch in der Samtgemeinde deutlich bemerkbar. Deshalb ist zukünftig – noch mehr als in der Vergangenheit – die Notwendigkeit von Ausgaben kritisch zu hinterfragen. Primäres Ziel der Haushaltspolitik muss der Abbau von Schulden sein. Dies wird dazu führen, dass nicht jeder an die Samtgemeinde herangetragene Wunsch erfüllbar sein wird. Gleichwohl wird sich die SPD weiterhin dafür einsetzen, dass die von der Samtgemeinde erhobenen Gebühren sozial ausgewogen gestaffelt sind.

Die oben genannten kommunalpolitischen Vorstellungen und Ziele werden wir in der neuen Ratsperiode konsequent verfolgen und sagen gleichzeitig, **was wir nicht wollen:**

NEIN zum Ausbau des OHE-Gleises

Der immer wieder in der politischen Diskussion auftauchende Ausbau des OHE-Gleises zu einem voll funktionsfähigen Gütergleises für Containerzüge wird mit Nachdruck abgelehnt. Wir unterstützen des weiteren in der gegenwärtigen Situation die von der großen Mehrheit der Bürger geforderten Nachfahrverbote, Geschwindigkeitsbegrenzungen und beschränkte Streckennutzung.

NEIN zur Trassenführung der Ortsumgehung Luhdorf / Pattensen

Die geplante Trassenführung der Ortsumgehung Luhdorf / Pattensen durch das Gebiet der Samtgemeinde bei Wulfsen lehnen wir ab, weil diese Autoschnellstraße

- zu einer weiträumigen Umverteilung von Lärm und den anderen verkehrlichen Emissionen führt,
- ein erhebliches Mehr an Belastungen für die Bürger mit sich bringt, da zu erwarten ist, dass der gesamte LKW- Schwerlastverkehr von der A 39 zur A 7 und umgekehrt diese willkommene Abkürzung um das Horster Dreieck nutzen wird und
- einen gigantischen Landschaftsverbrauch nach sich zieht (auf engstem Raum würden teilweise drei Straßen nebeneinander verlaufen).

Die Notwendigkeit, die Gemeinden Luhdorf und Pattensen von dem LKW-Durchgangsverkehr zu entlasten, ist unbestritten. Dieses Ziel lässt sich jedoch durch eine relativ einfache und kostengünstige Maßnahme erreichen. Erforderlich sind Durchfahrverbote für den Schwerlastverkehr mit einer entsprechenden Beschilderung an den Abfahrten im Bereich der A7 und der A 39 und eine konsequente polizeiliche Kontrolle.

NEIN zur Verlängerung der A 21 von der A 39 zur A 7

Der aktuell in der politischen Diskussion befindliche Verlängerung der A21 von der A 39 zur A 7 mit einer Anbindung zwischen Thieshope und Garlstorf sagen wir den Kampf an. Für die unsere Samtgemeinde durchschneidende Autobahn gibt es nachgewiesener Maßen weder einen verkehrlichen noch einen wirtschaftlichen Bedarf. Die ökologischen Schäden wären irreparabel, da eine intakte, in sich geschlossene naturnahe Region zerstört wäre. Für die Bürgerinnen und Bürger der Samtgemeinde würden sich ihr Lebensumfeld und die damit verbundene Lebensqualität durch die mit dieser Autobahn einhergehenden Nachteile – wie Verkehrs- und Lärmemissionen – erheblich verschlechtern.

**Unsere erfolgreiche Arbeit wollen wir fortsetzen.
Für Sie – mit Ihnen!**